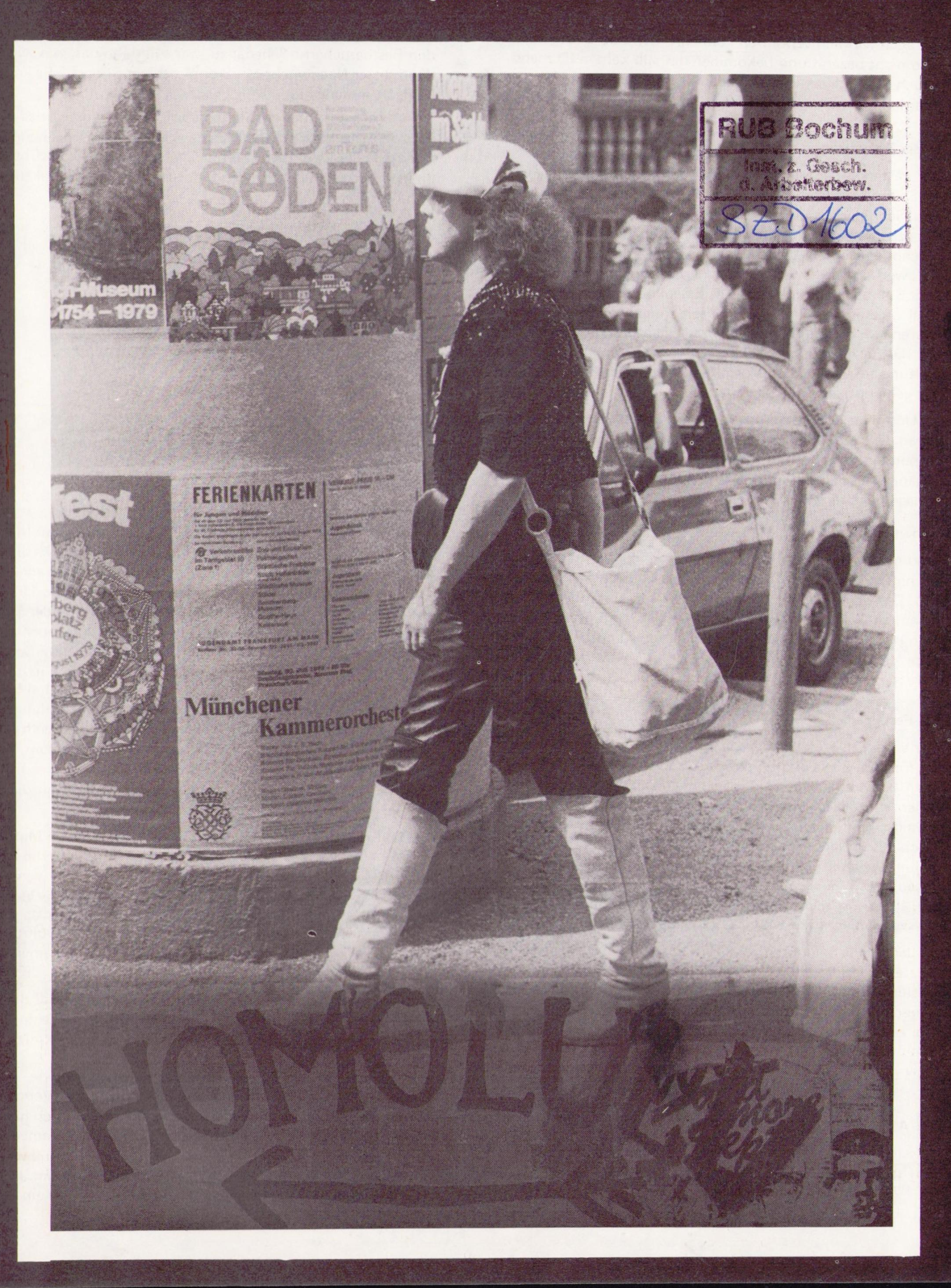
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

Erscheint wöchentlich | Nr. 293 | 2. August 1979 | 1.50 DM, incl. MWst. | D 1870 CX



Hausmitteilung

WENN'S NICHT ABWÄRTS GEHT, GEHT'S AUFWÄRTS

Die Talfahrt ist noch nicht zuende. Aber irgendwo sitzt mittlerweile der Bremser. Diese Woche: 15 Neu-Abos, 30 IDs weniger in den Buchläden verkauft (das heißt, die Buchläden pendeln sich allmählich dahin ein, daß sie nur so viel IDs bestellen, wie sie auch wirklich verkaufen können). Etwa 30 Leute haben ihr abo nicht bezahlt und bekommen deshalb keinen ID mehr (auch das sind weniger als in den letzten Monaten). Gespendet wurden diese Woche DM 350,--.

Unser Sparstrumpf

Wir hatten uns überlegt, ob wir im Sommer hin und wieder 16-Seiten-Nummern produzieren, um die Druckkosten zu senken. Sehr glücklich waren wir bei dieser Überlegung nicht, denn das geht immer auf Kosten von Berichten, die rausfliegen oder geschoben werden. Letzte Woche gab's dann doch einen 'Spar-ID', weil wir dieses Frankfurter ID-Fest organisieren mußten (mit Ständen, Getränkeverkauf, Essenkochen, Tombola, Musiker organisieren) und dadurch seit einigen Wochen genervt waren (wir werden nie eine Konzertagentur!). Die Produktion des ID (Falzen, Heften, Schneiden) mußte noch vor der Veranstaltung am Donnerstag Vormittag laufen. Das hat dann auch gut geklappt, aber bei 32 Seiten ...?

Und diese Woche schon wieder ein Spar-ID? Diesmal lag's daran das Urlaubszeit ist, Setzer fehlen, viele befreundete Korrespondenten an fernen Stränden weilen, wir unsere Rundreisen organisieren müssen. Kurz und knapp: Wir haben nicht genügend Material für 32 Seiten.

Schwerpunkte

Und noch einmal: Wir wollen versuchen, drei Schwerpunktnummern zu machen (etwa halb Schwerpunkt, halb gewohnter ID). Das heißt, daß ihr mitarbeiten sollt (bitte, möchtet). Die Themen: Mediendiskussion, Erfahrungen von Entwicklungshelfern nach ihrer Rückkehr in unser gelobtes Land, und der Komplex Verkehr, Reisen, Autos, Fahrräder, Mentalität eines Verkehrsteilnehmers. Also auf, Freunde, an die Schreibmaschinen!

ID-Fest

Wir waren überrascht über die vielen Leute, die zum ID-Benefiz-Fest am 26.7. in die Frankfurter Batschkapp (Treffpunkt der "Linksradikalen" und manchmal auch der "weniger" Radikalen in Frankfurt) kamen. Wir rechneten ehrlich gesagt mit weniger Leuten, auch wegen der Urlaubszeit. Es kamen dann doch schon Nachmittags um Fünf die altbekannten Medienarbeiter, die alten "politischen Bekannten" und je später der Abend auch immer mehr Leute, die wohl weniger wegen dem ID, aber dafür mehr wegen des Festes gekommen waren (Über dieses Problem folgt weiter unten ein Beitrag von Conrad).

Jedenfalls brachte uns das Fest aus Spaß und Anstrengung letztenendes des stolzen Reinerlös von DM 5.000,-- ein. Wir hatten mit gut der Hälfte gerechnet, waren demzufolge auch angenehm überrascht. Am Freitagmorgen um vier krochen wir alle ziemlich kaputt in unsere Betten. Daß das Fest, bzw. sein Ergebnis (die 5.000,--) für uns nicht bloß uneingeschränkt positiv war oder zu sehen ist, zeigt folgender Beitrag von Conrad:

Der Alternativ-Konsum in Aktion

Batschkapp, ID-Malefiz-Fete, Enikö, ID-Mitarbeiterin, liest das Selbstverständnis des ersten IDs vom Sommer 1973 vor. Es gab den ID übrigens das erste Mal vor ziemlich genau sechs Jahren.: "Die Nachrichten kommen aus dem Volk und gehen zum Volk zurück." Unterschrieben. "Sozialistische Presseagentur, Informationsdienst". Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit. Einige finden das komisch, was Enikö liest, müssen lachen, andere verstehen nicht, was da vorne abläuft: "Was liest die eigentlich für einen veralteten Text vor? "

Dann singt Mike Knöss (von den Rollenden Schweinen) z.B. das Lied "Niedenau Fifty-one", wie es im ehemals besetzten, heute legalisierten Haus inzwischen aussieht, dieses Überbleibsel aus vergangenen Zeiten. Auch hier wieder die Spaltung unter den Festbesuchern: "Niedenau, was soll denn das, was will denn dieser Nachwuchs-Musiker mit seiner Show? " Es kommt keine Stimmung auf.

Als nächstes folgt ein Sketch über die Anfangszeit des ID, über den Übergang von den Klassenkampfperspektiven zur Alternativszene. Drei Parodisten treten auf, der erste als Che verkleidet, der zweite als Freak, der dritte geht als Intellektueller.



Sie lesen aus den ersten IDs vor und kommentieren: "Nach dreijähriger Betriebsarbeit bei Opel Rüsselsheim (die Frankfurter Sponti-Gruppe 'Revolutionärer Kampf' versuchte eine kontinuierliche Betriebsarbeit zu entwickeln) sprang der Funke über, Ford Köln streikt", oder ID-Original-Ton 1973: "Der lange Marsch fordert eine bessere Organisation der Spontis, der Sumpf muß strukturiert werden". Die Zuschauer werden unruhig, einige rufen: "Wir wollen keine Organisation! Schluß mit der Politik! Musik!!" Die drei auf der Bühne sind irritiert, sie erklären, daß sie den Wandel, den wir alle die letzten fünf Jahre durchgemacht hätten, anhand der ersten ID-Anfangszeit dokumentieren wollten. Die Antwort: "Wir wollen nichts von '73 hören!" Darauf der Che: "Ja, genau Musik, Konsum, Konsum!" Er spielt das Spielchen mit: "Skandal! Aufhören mit der Politik!" Die meisten Zuschauer kapieren nichts mehr, die drei auf der Bühne brechen ihre Sketche ab.

Die Fete geht weiter mit der lateinamerikanischen Musikgruppe "Los Latinos", der Konsum ist sichergestellt, die Auseinandersetzung über den ID, über uns – wie wir vor wenigen Jahren noch waren – ist abgebrochen. Übrigens: unter den Tanzenden zwei junge Typen, die sich auf ihre olivgrünen Jacken ein "Frente Sandinista" genäht haben. Wenn der Revolutionskonsum so weit geht, fällt gar nicht mehr auf, wenn einer als Che verkleidet ist.

Ich nehme an, eine ganze Reihe von Leuten, die auf die ID-Fete kamen, wissen nicht, was der ID ist, sie sind zu einer "Disco" gegangen. Was soll da eine satirische Auseinandersetzung, Konfroantation mit unserer Vergangenheit?

Aber für sehr viele Festbesucher war es nicht ihre Vergangenheit, nicht ihre Auseinandersetzung. Sie fühlten sich nur gelangweilt. Die wenigsten, die zu diesem ID-Fest gekommen waren, wollten sich mit dem ID, seiner Vergangenheit, und wie es weitergehen soll, auseinandersetzen. Fest heißt Konsum. Hätten wir nicht vorher wissen können, daß die Leute, die zu einer

Batschkapp-Fete gehen, nichts anderes wollen? Auf der anderen Seite wurde die Bastschkapp gewählt, weil schließlich Geld reinkommen muß und viele Leute in die Batschkapp kommen würden. Eine Rechnung, die wohl aufging.

Alternativ-Konsum — ich glaube, das war nicht nur das Problem dieser Malefiz-Fete, sondern darin sind die Schwierigkeiten des IDs insgesamt begründet: dieses langweilige Basisblättchen im tristen Schwarzweiß, das niemand konsumieren kann. Der ID ist nicht auf der Höhe der Zeit, er ist unmodern, hält nicht mit dem Alternativkonsum mit.

Wäre es nicht zeitgemäßer, ein farbiges Illustriertenmagazin zu machen, einen linken Stern mit nicht ganz so blöden Kommentaren, nicht mit diesem Spiegel-Journalismus, der alles runterzieht, lächerlich macht und dadurch Distanz schafft? Ich glaube, die Kohlen würden dann stimmen.

Oder andersherum: das, was den ID sympathisch macht, bringt ihn in die roten Zahlen. Daß wir nicht die flinken Reporter sind und überall mal auftauchen, um kurz mal 'ne Recherche zu machen. sondern zu den Leuten, den Betroffenen ein anderes Verhältnis wollen, das geht nicht so auf die Schnelle, das dauert — und kostet (damit) Geld. Ein anderes Beispiel: anders als die Taz hat der ID nie Rekalme gemacht, nie ist ein schnieker Jüngling für den ID aus den Wolken runtergeflogen (bezieht sich auf ein Werbeplakat der Taz) — das gefällt mir am ID, aber dadurch bleibt er bei vielen unbekannt, während die Taz mit ihrem Reklamefeldzug recht günstig in der Abonnentenjagd abschneidet. Ich hab nichts gegen farbige Bilder, aber mir stinkt es, wenn der ID vor der Alternative steht: auf der Modewelle des Alternativkonsums mitzuschwimmen oder unterzugehen. Schön, dann ist der ID eben altmodisch, und für viele 20jährige uninteressant, immer noch besser als ein gefälliger, mundgerechter Vermittlungsjournalismus.

Conrad, ID

Das scharfe Messer der Endredaktion

Und hier dokumentieren wir noch ein bißchen von unserer Auseinandersetzung über und um den ID. Claus, der eigentlich im "Pflasterstrand" (Frankfurter Stadtzeitung) arbeitet, schreibt:

"Erstens meine ich, daß, gemessen an dem inhaltlichen Arbeitseinsatz, zuwenig beim ID rauskommt. Wenn ich so eure Berge von Post, die bearbeitet wird, — nehm' ich mal an — und anschließend zu Bruchteilen im ID Platz findet, sehe, und dann den ID, so gehen anscheinend viele, viele Informationen den Bach in Ablage runter. Nun steckt darin zumindest einmal die Arbeit, daß es gelesen wird und bewertet. Diese Arbeit ist wohl dann in den meisten Fälle für die Katz, wegen dem Platzmangel im ID — zumindest ist's meine Wahrnehmung. Was dann endgültig übrigbleibt, findet nochmal das scharfe Messer der Endredaktion, wenn's um die Zentimeter geht.

2. Gedanken über die Zukunft des ID sollten hier ansetzen. Was geschieht mit den Informationen, die nicht im ID Platz finden? So als eine Idee stelle ich mir vor, daß außer des normalen ID, der meiner Ansicht nach weiterbestehen muß, die Informationen nicht in der Ablage verschwinden, sondern z.B. zweimal die Woche der ID ein Pressebujetäng (bulletin, wer kein französisch versteht) herausgibt. Der Weg in eine wie auch immer geartete Presseagentur wäre eine Möglichkeit — wobei auch der Bilderdienst vielleicht eine andere Funktion bekäme. Ich will jetzt nicht die Einwände dagegen bringen, die mir auch bekannt sind, nur:

3. Ich finde, jeden Ansatz verkehrt, der in der momentanen Situation, als der einzige hingestellt wird.

4. Ihr schriebt im ID 289, daß es kein "zurück zum maschinengetippten Nachrichtenblatt" geben kann, und dann kommt das Gegentiel, nämlich "die reine Nachrichtenfunktion kann die Taz viel besser machen."

Sorry, kapier ich nicht. Dahinter steckt wohl, daß die Nachrichtenfunktion die Taz übernimmt und ihr?

Ich glaub irgendwie nicht, daß die Zukunft des ID auf dem Bereich wohlrecherchierter Reportage liegen kann. Als Auflockerung fand ich den Taxifahrer- und LKW-Jobber-Artikel sehr gut. Nur, dahin kannst nicht gehen, denn dann wird der ID zum Journal, und kann das die Taz nicht auch besser?

5. Was ich sagen will, ist, daß die Beschreibung einer ID-Position mit einem "besser oder schlechter als die Taz" meiner Ansicht nach in jedem Falle vollkommen unzureichend ist. Wenn schon, dann ist's auf jeden Fall besser zu fragen, was will jeder und jede einzelne im ID an Pressearbeit machen, bzw. die Frage, was fehlt trotz Taz und dem ganzen Gelumpf an westdeutschem Pressesumpf?

Irgendwie dazwischen wird liegen, was aus dem ID wird.

Claus

Allemal 'ne politische Frage

Als letztes ein Beitrag von Manfred zur Diskussion um die ID-Konzeption:

Ich finde es nach wie vor wichtiger, sich über die politischen Veränderungen in der bundesrepublikanischen linken Medienlandschaft auseinanderzusetzen, als vorab über neue Konzeptionen innerhalb des IDs zu diskutieren. Bleibt die These stehen, daß die ID-Abos u.a. wegen der Taz zurückgehen. können wir uns nicht einfach darüber hinwegsetzen, was allein diese Tatsache für den ID heißt.

Eine konzeptionelle Veränderung des ID zu fordern, heißt dann für mich unausgesprochen, mehr denn je in neue Marktlücken des linken Blätterwaldes zu stoßen. Was aber viel wichtiger ist, ist die Tatsache, daß das Prinzip, wonach die Leser des ID auch weitgehend dessen inhaltliche Gestalter sind, aufgegeben wird.

Nun kann man sich ja über die Behauptung streiten, daß, je diffuser, uneinheitlicher und ungleichzeitiger die linke "Bewegung" hier ist, es auch keine Berichterstattung mehr geben kann, die dieses reale Dilemma quasi in den verschiedenen Spalten einer Zeitung wieder zu vereinheitlichen sucht. Laut Negt/Kluge und wegen mir auch meinetwegen ist das sicherlich problematisch — aber man höre und staune: die Taz scheint es zu schaffen.

Und gerade deswegen ist die Taz für mich auch irgendwo ein politischer Popanz auch Papiertiger. Die ganze Linke arbeitet sich an ihr ab, einschließlich derer, die die Taz garantiert nicht wollen, sie aber trotzdem besetzen (Hungerstreik). Insofern ist die Taz auch ein Ausdruck der Schwäche der "Bewegung".

Alles, was real nicht läuft, scheint sich in diesem Projekt, na wenn schon nicht real, dann doch zumindest journalistisch zu vereinheitlichen. So rückt die Linke, zumindest in Form von bedrucktem Papier am Frühstückstisch wieder näher zusammen. Hier steckt wohl ein echtes Bedürfnis der Leser bzw. Benutzer dahinter. Momentan, kann das die Taz auffangen. Nur passiert dort so was in reichlich journalistischer Manier, wohingegen der ID mehr Originalität besitzt. Da frag ich mich doch glatt, was ist diesem Leserkreis lieber; und das ist aber allemal ne politische Frage, wo mir Gedanken um eine veränderte Konzeption des ID wirklich nicht in den Kopf kommen. Hier vollzieht sich letztendlich eine Entscheidung des Lesers mit der gerade wir ernster als die Taz umgehen müssen.

Manfred, ID



BIS FAST ZUM ENDE TANZEND – HOMOLULU IN FRANKFURT

Anstelle der üblichen Einschätzung und des Berichts mit Gesamtüberblick, der uns leider noch nicht zugegangen ist, hier ein Brief aus Münster:

Lieber Rolf,

jedesmal, wenn ich von einer dieser Reisen in die großen Städte aufs Land zurück zu denen fahre, die ich liebe, breitet sich eine große Melancholie aber auch eine ungestüm liebreizende Hoffnung in mir aus. Ganz ungern lasse ich Euch und alle zurück, die ich so bewundere, weil sie es mir ermöglichten, von dem Glück zu naschen, das sich in dem gemeinsamen Erlebnis des Lachens,und Küssens, des Sprechens und Anfassens, des Denkens und Vögelns und ich habe keinen Überblick, in wievielen Beschreibungen sonst noch, einstellte. Jedenfalls, damit keine abscheulichen Sentimentalitäten meinen Geist verwirren: eine Woche auf Homolulu oder auch nur auf Kreuzfahrt in den Gewässern der dort erwärmten Golfströme spülte mich an den Strand von homohetolesbotranssexual Germany. In dem feuchtwarmen Klima der sich zu ihrem verrückten Sex bekennenden Schwulen bestätigte sich meine Lust, den in verborgenen Phantasien blühenden Sex eine Chance zu geben; und ich muß sagen: sie machten es mir leicht.

Die Gay Pride Parade am Samstag war für mich die bisher aufregendste und schönste Demonstration seit Jahren. Als ich etwas verspätet am Friedberger Platz einlief, setztet ihr euch gerade unter dem Dröhnen des schweren Rock-Sounds tanzend in Bewegung. Ich könnte es mir mein Leben lang nicht verzeihen, wenn ich das verpaßt hätte, Genauso habe ich mir die Straßenaktionen der Linken immer gewünscht: schockierend vereinnahmend, skandalös spaßig, kauzig und frech. Ein Kompliment an die Tunten, die Schleier-, Schirm- und Handtäschchenträger, besonders an die Schwester im silbergrauen Kostüm: sie tragen wirklich viel sichtbar und unsichtbar Schönes mit sich herum. Ich kann mich nicht erinnern, jemals eine sogenannte Demonstration von Anfang bis fast zum Ende tanzend absolviert zu haben. Bis fast zum Ende, weil: nach einer kleinen Einlage mit Sprechgesängen in holländisch, schwedisch, englisch und deutsch auf einer Wiese eines nahegelegenen Parks, auf der wir uns in der Sonne liegend vergnügten, stürzte in einem warmen Wolkenbruch das Wasser kübelweise auf uns nieder und es donnerte beachtlich dieses Donnerwetter. Kurz vorher sind wir uns das zweite Mal über den Weg gelaufen, nachdem zu Beginn des Umzugs wir vorsichtshalber schon Bilder voneinander gemacht hatten. Während des großen Regens harrten wir zuerst unter einem Strauch, dann unter dem Vordach einer Haustür aus, wo uns eine etwa 6ojährige Dame verriet, daß in ihrer früheren Karriere als Gadrobiere am Theater sie die Schwulen am nettesten gefunden habe.

Leider haben die anderen nicht auf uns gewartet und so holperten und stolperten wir in unseren verdammt engen Stökkelschuhen den Rest des Weges allein übers Trottoir. Du erzähltest mit unterwegs von dem Umzug in Bremen und Antwerpen, daß dort die Straßen enger sind und das Publikum lustiger. Ich bedaure das Fehlen all der anderen Saboteure des Alltags; sie wären mindestens inspiriert worden. Aber ihnen bleibt ja noch der Kopfstand der Perversen auf der Kinoleinwand.

Es kündigt sich ja schon einige Zeit an, daß den spielerischen Aktionsformen die Zukunft gehört. Jedenfalls hat man in der Bundsrepublik seit den Manifestationen der Kommune I nicht mehr solch fröhlich überraschenden, den Publikum entwaffnenden Klamauk auf der Straße gesehen wie an diesem Wochenende auf Homolulu. Trotzdem sind während des einwöchigen Treffens im Freistaat Bockenheim und auf dem Zeltplatz im Biegwald jede Menge Nöte, Ängste, Risse und Narben ans Licht gekommen, woran natürlich immer noch gesellschaftliche

Sanktionen im Berufsleben sowie die eindimensionale Reduktion des Sexus in der westlichen Kultur die Hauptschuld tragen. Das letztere ist wohl einer der Gründe dafür, daß auch in der Schwulenbewegung das Thema Pädophilie nicht unumstritten ist und die Schwulen auf Homolulu bis zur Zerreißprobe herausforderte. Ich denke an den Freitagabend, an dem es in gewissen Sphären nur so klingelte. Der von markigem Geschreib begleitete erklärte Wille eines Mitgliedes eines Kollektivs, das anscheinend gegen seinen Willen Indianerkommune genannt wird, setzte den zwanglosen Darbietungen der Brühwarms und einiger ad-hoc Gruppen ein frühes Ende. Die wegen ihrer offenen Paranoia von ängstlichen Menschen wirklich sehr schwer auszuhaltende Gruppe schaffte es tatsächlich, das harmonische apostrophierte Chaos der Formen und Gefühle zu stürzen. Viele erklärten sich einverstanden über Pädophilie zu diskutieren, aber genausoviele wollten ein vorbereitetes Programm konsumieren. Was sich in diesen Minuten entwickelte, kannst Du Dir beim besten Willen nicht vorstellen. Hier konnte man diskutieren, hier konnte niemand ein Wort sagen ohne Ängste. Wut und Hoffnungslosigkeit aufzuwirbeln. Einige wenige, die dem Druck nicht mehr standhalten konnten, der in den apokalyptischen Visionen eines bis ans Zerreißen gespannten Menschen in dem durchdringenden Schrei: "Wollt Ihr denn alle in die Gaskammern wandern? !" kulminierte, konnten nur noch in ein zurückgeschriehenes "Ja!" flüchten. Der es bemerkte, kam nach vorn und schämte sich. Das was hier passierte ging allen unter die Haut; mir ist bis heute nichtklar, ob es möglich ist, es herauszufinden. Ich weiß nur, daß in geradezu zwanghafter WEise von allen alles falsch gemacht wurde; bis auf diejenigen, die schließlich das Lied von den Moorsoldaten sangen, ohne zu ahnen, daß sie damit eine rauschende Ballnacht eingeleitet hatten.

Ich umarme Dich

Dein Deja-vu



KREUZZUG FÜR KREBSKRANKE KINDER

Nürnberg 25. Juli 1979 — *Petra K. Kelly gründete 1973 in Nürnberg einen europäischen Bürgerverein, der die Interessen krebs- und chronisch kranker Kinder in den zunehmend entpersonalisierten Krankenhäusern zu vertreten. Angestrebt ist der Bau eines europäischen psychosozialen und sozialpädiatrischen Modells - der Kinderplanet. Dort soll eine autonome Kinderwelt ohne weiße Kittel und Hierarchie entstehen. Der Plan wurde mit Architekten, Ärzten und Kinderpsychologen entwickelt. Die Gründerin schreibt dazu:*

Ich habe die "Grace P. Kelly Vereinigung zur Unterstützung der Krebsforschung für Kinder e.V." seit dem Tode meiner 1o-jährigen Schwester Grace Patricia in 197o aufgebaut - und tue was ich kann, um diese europäische Bürgerinitiative (mit fast 1oo Mitgliedern) auch bekannt zu machen. Diese Vereinigung kämpft nicht nur für eine menschlichere und liebevollere Krankenhauswelt für krebs- und chronischkranke Kinder; sie erforscht auch die Ursachen der zunehmenden Zahl von Kinderkrebsfällen - besonders im nuklearen und chemischen Bereich!

Der Mitgliedsbeitrag ist DM 25,- pro Jahr und alle Spenden können entweder auf die Deutsche Bank Nürnberg, Konto-Nr. 224-345 oder auf das hier unten aufgeführte Postscheckkonto Nürnberg überwiesen werden.

Kontakt: Petra K.Kelly (1. Vorsitzende), 105 ave.Lebon, Box 2, 1160 Brüssel, Belgien, Tel. 512 392 oder 736 9394

EIN VERGEWALTIGUNGSPROZESS

DER KULTURSCHOCK UND SEINE FOLGEN

Bremen 30. Juli 1979 — *Gitti aus Bremen beschreibt ihre Erfahrungen nach einer versuchten Vergewaltigung. Sie mußte den Täter identifizieren und als Zeuge beim Prozeß aussagen:*

Vor etwa einem Jahr stieg nachts ein Mann bei mir ins Fenster und versuchte, mich zu vergewaltigen. Er hatte, wie es sich später herausstellte, schon seit etwa vier Jahren hier im Viertel Frauen bedroht und belästigt, ist durch offene Fenster eingestiegen, hat offene Türen gesucht oder hat nachts bei Frauen geklingelt und sie massiv sexuell bedroht.

Einige der Frauen erstatteten Anzeige, die meisten wohl nicht. Ich erstattete noch in der selben Nacht Anzeige, worauf sofort zwei Uniformierte erschienen, den Tatort besichtigten, mich aber nicht mit Fragen belästigten.

Einige Tage später mußte ich zur Kripo den Tathergang schildern und anschließend ein Protokoll darüber unterschreiben. Später hat es sich als Nachteil erwiesen, daß ich für mich selbst kein genaues Gedächtnisprotokoll herstellte.

In der folgenden Zeit mußte ich mehrmals ergebnislos zur Kripo, um hunderte von Bildern möglicher Täter zu betrachten. Mehrere Frauen, denen ähnliches passiert war, gründeten eine Gruppe, in der ich mitarbeitete. Wir fanden heraus, daß bestimmte Vergewaltigungsversuche und sexuelle Belästigungen schon seit längerer Zeit immer vom gleichen Mann ausgingen und ständig die Gefahr der Wiederholung bestand. Mit einem Flugblatt, das wir im Viertel verteilten, hofften wir, andere Frauen zu warnen und auch noch mehr betroffene Frauen zu erreichen.

Gleichzeitig begann ich einen Selbstverteidigungskurs und zog in ein anderes Haus, diesmal nicht ins Erdgeschoß, sondern in den zweiten Stock.
Dann passierte eine Weile nichts mehr, die Frauengruppe brökkelte auseinander, die Kripo kam seltener, um mir Bilder vorzulegen.
Anfang dieses Jahres erfuhr ich dann von der Verhaftung des Mannes: Ausländer, wohlhabender Kaufmann, der mit Frau und Kind in einem Nobelviertel wohnte.
Kurz danach war die polizeiliche Gegenüberstellung. Sehr unbehaglich saßen etwa 25 Frauen in einem Flur des Polizeigebäudes. Wenig oder nur zaghafte Gespräche, leider kein Austausch von Adressen und Telefonnummern. Ich hatte ziemliche Angst vor der Gegenüberstellung, einesteils ein körperliches Ekelgefühl, diesem Mann gegenübergestellt zu werden, dann auch Angst vor der unbekannten und unangenehmen Situation. Deshalb überlegte ich erst mal ganz sachlich, was ich tun werde.
Ich wußte, wenn ich ihn nicht sofort am Gesicht wiedererkenne, bleiben als weitere Möglichkeiten seine Stimme oder sein Gang. Ich nahm mir also vor, jeden einzelnen den Satz sagen zu lassen, der mir damals am meisten Angst gemacht hatte: Wenn Du schreist, bringe ich Dich um.

Als ich den Raum betrat, war es wirklich wie im Krimi:
Sechs Männer mit ähnlichem Aussehen und ähnlicher Größe standen an der Wand, mit Nummern gekennzeichnet.
Ganz kühl und langsam versuchte ich jeden einzeln zu betrachten. Dadurch konnte ich den Täter jedoch nicht mit Sicherheit identifizieren. Deshalb forderte ich alle Männer auf, hintereinander den Satz zu sagen. Einer von den beiden, die ich bereits im Verdacht hatte, wiederholte den Satz falsch: Wenn S i e schreien, bringe ich S i e um. Danach verlangte ich von den beiden verdächtigen Männern, durchs Zimmer zu gehen. Dabei erkannte ich den Täter an seinen leicht abfallenden Schultern, eine Einzelheit, an die ich mich vorher nicht mehr erinnert hatte. Ich war also sicher, den Mann wiedererkannt zu haben.

Ein halbes Jahr später war der Prozeß.
Etwa acht Wochen vorher bekam ich die Ladung, die ich erst mal ganz tief in einer Schublade vergrub. Erst zwei Wochen vorher begann ich mich mit dem drohenden Prozeß auseinanderzusetzen. Ich sprach mit einigen Freunden über den Tathergang und über mögliche Fragen, die während des Prozesses auf mich zukommen könnten, und ich entschloß mich, zu einem Anwalt zu gehen.
Der gab mir zuerst mal ein paar praktische Tips:
Ich sollte darauf bestehen, den Tathergang ohne Unterbrechung durch das Gericht schildern zu können und Fragen nach meinem Privatleben mit dem Hinweis unbeantwortet zu lassen, es würden nur die Vorgänge dieser Nacht zur Verhandlung stehen. Überhaupt besteht die Möglichkeit, zu einer Zeugenaussage einen Rechtsbeistand zur Gerichtsverhandlung mitzunehmen.
Ferner erfuhr ich etwas sehr wichtiges, nämlich vom Recht als Nebenklägerin in diesen Prozeß einzusteigen. Es war mir völlig neu, daß ich auch Rechte und Möglichkeiten gehabt hätte, aktiv in den Prozeß einzugreifen.
Die Staatsanwältin, die mich und die anderen Frauen formalrechtlich in diesem Prozeß vertrat, informierte uns zu keiner Zeit über diese Möglichkeit. Wer diese Rechte in Anspruch nehmen will, sollte sich auf alle Fälle bei der Rechtsberatung oder einem Anwalt Informationen holen. Eine Nebenklage gewährleistet zumindest eine gewisse "private Kontrolle staatsanwaltlicher Strafandrohung".

Eine Nebenklage verhilft zu erheblichen Vorteilen:
- Einsicht in die Prozeßakten,
- Möglichkeit, die Gutachten zu lesen,
- Ständige Anwesenheit während des Verfahrens, auch bei Ausschluß der Öffentlichkeit,
- Eingreifen in den laufenden Prozeß durch Zwischenfragen und Richtigstellungen,
- Das Recht, auch über Zeugenaussage hinaus, Erklärungen abzugeben,
- Fragen an die Gutachter und/oder hinterfragen der Gutachten.

Dazu ist wichtig, daß die Gutachter in diesem Prozeß die alles entscheidende Rolle gespielt haben. Ungestört konnten sie ihre Gedanken zu Vergewaltigung, Mannesehre, Verhältnis zwischen Mann und Frau im Koran darstellen. Ihren Äußerungen über die Sozialisation des Angeklagten, seine "versehrte Männlichkeit", sein gestörtes Verhältnis zu Frauen wurden weder hinterfragt noch wurden diesen Theorien in irgendeiner Weise widersprochen. Alles Dinge, die angreifbar waren, und die man als betroffene Frau in ein anderes Licht hätte rücken können. Leider erwies sich die zur Verfügung stehende Zeit als zu kurz, um eine Nebenklage effektiv zu machen.

Beim Prozeß selbst sagte ich am ersten der drei Verhandlungstage als eine von 14 Zeuginnen aus. Im Anschluß daran befragten mich die Richterin, ein Beisitzer und der Rechtsanwalt des Angeklagten ausführlich darüber, ob der Angeklagte eine Errektion hatte während er mich angriff und woraus seine Absicht deutlich wurde (!). Ausschließlich diese Fragen waren für das Gericht von Interesse. Nicht behandelt wurde dagegen der ungeheure Akt von Gewalt, der allein schon darin besteht, daß nachts ein wildfremder Mann plötzlich vor meinem Bett steht und mich bedroht. Bei einem Raubüberfall wäre dies wohl selbstverständlich gewesen!

Mit einer Nebenklage hätte man im Gerichtssaal deutlich machen können, was eine Vergewaltigung für die betroffenen Frauen bedeutet. Für diese Problematik interessierte sich keiner der Prozeßbeteiligten. Sie waren eher bereit, die gewalttätigen Angriffe auf Frauen als privates Pech oder als juristische Frage zu behandeln. So fragte mich der Nebenkläger nach den psychischen Folgen, die sich für mich aus der Tat ergaben. Sofort blockte der Verteidiger ab mit der Bemerkung, eine psychische Folge sei ja wohl vorauszusetzen, darüber brauche man erst gar nicht zu reden.
Der Grund für diese völlige Unangemessenheit, mit der das Gericht auf einen Akt sexueller Gewalt einging, wurde mir erst richtig klar, als ich die einschlägigen Paragraphen las. Ich zitiere hier mal ein paar Stellen aus dem Kommentar zum § 177 (Vergewaltigung):

Tathandlung (...) ist der durch Beugung des entgegenstehenden Willens der Frau herbeigeführte außereheliche Beischlaf.
-In jedem Fall muß die Gewalt vor Beendigung des Beischlafs angewendet werden.
-...blosse Duldung ist aber keine Einwilligung (...) wenn die Frau infolge geschlechtlicher Erregung zu weiterem Widerstand nicht mehr fähig ist.
-Ist der Täter überzeugt, daß das Sträuben der Frau nicht ernst gemeint ist, etwa wenn sie sich nur mit Worten wehrt, aber körperlich keinen Widerstand leistet, so fehlt es am Vorsatz.
-In minder schweren Fällen ermäßigt sich die Strafdrohung. Das kommt z.B. in Betracht, wenn der Täter bereits sexuelle Beziehungen zu der Frau hatte oder echte Liebesbeziehungen anstrebt.

Der Angeklagte wurde zu 12.000 DM Geldstrafe verurteilt und sofort auf freien Fuß gesetzt mit der Auflage, sich einer Therapie zu unterziehen.
Die Ausführungen von ihm und seinem Anwalt wurden stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit gemacht, mit der Begründung, der Angeklagte sei psychisch zu labil, um vor der Öffentlichkeit zu reden. Das milde Urteil ist hauptsächlich auf die Gutachter zurückzuführen. Sie behandelten ausführlich die von deutschen Verhältnissen angeblich völlig abweichende Männersozialisation des Angeklagten (er kommt aus dem vorderen Orient), der mit seiner Übersiedlung in die BRD einen "Kulturschock" erlitten habe. Zudem seien seine Gewaltaktionen ge-

gen Frauen auch eine Reaktion auf die übermächtige Vaterfigur und auf sein Kastrationserlebnis, das er mit vier Jahren bei seiner Beschneidung hatte.
Derartig einfühlende psychologische Kunstgriffe bei Gewaltdelikten gegen Frauen gehören offenbar zum Handwerkszeug der Gutachter. Bei der Verhandlung von Gewalt gegen Sachen oder Eigentumsdelikten hört man selten davon.

Ich ärgere mich immer noch darüber, daß ich dem Typen nicht in die Eier getreten habe, und daß ich nicht - trotz des juristischen Kauderwelsch - in eine Nebenklage eingestiegen bin.

ALS WENN 'NE KASERNE GANZ DEUTSCHLAND WÄR ..."

Freiburg
20. Juli 1979

Barbara aus Freiburg schrieb zu dem Artikel von Max Watts im ID 290 über ein englisches Volkslied mit unterbliebenem Geschichtsunterricht:

In Deutschland gab es auch so was. Jeder weiß von den Donnerschnulzen, die nach dem 1870/71er Krieg gegen Frankreich bei allen Sedanfeiern geschmettert wurden. Das schöne Lied von Max Kegel, das wohl 1871 entstanden ist und 1872 in Zürich in einem Liederbuch auftauchte, erzählt die Geschichte anders:

Barbarossa's Auferstehen

(Zu singen nach dem königlich-preußischen ex-kultusministeriellen Liede: "Grad' aus dem Wirtshaus ...", ein rechtes Spießbürgersauflied, in allen populären Liederbüchern des späten 19. JHs zu finden)

Grad aus dem Kyffhäuser
komm ich heraus,
Deutschland wie wunderlich
Siehst Du mir aus.
Rechter Hand, linker Hand
Steht Militär,
Als wenn 'ne Kaserne
Ganz Deutschland wär.

Was für ein dumm Gesicht,
Volk machst denn Du?
Die Tasche machst Du auf?
Den Mund hast Du zu.
Zu glänzenden Festen
Dein Geld giebst Du schnell;
Du wirst bet r ogen sein,
Das seh' ich hell!

Und viele Soldaten,
Was muß ich sehn'
Bedürfen der Krücken,
Um grade zu steh'n!
Doch schmücket von Eisen
Ein Kreuz ihre Brust,
Dies Kreuz muß ersetzen
Den Gliederverlust.

Siegesbetrunken ist
Rings Groß und Klein,
Sozialdemokraten
Sind nüchtern allein.
Doch Unheil verkündet
Ihr finsterer Blick
Drum kehr zum Kyffhäuser
Ich lieber zurück.

Wenn Max Kegel heute einen Blick auf die deutschen Sozialdemokraten werfen könnte, würde er wohl auch am liebsten ins Grab zurückkehren.

ANTI–KRIEGS–AKTION 1979

Offenbach
10. Juli 1979

Vor 40 Jahren, am 1. September 1939 eröffnete das faschistische Deutschland den 2. Weltkrieg.

Aus Anlaß des 40. Jahrestages hat das Sozialistische Büro vor, im Herbst eine Anti-Kriegs-Aktion durchzuführen, die dazu bewegen soll, sich mit den Gefahren eines neuen Krieges hier und heute unter (bundes-) deutscher Beteiligung auseinanderzusetzen.
Mit Aktionen auf den Straßen und in den Wohnvierteln soll versucht werden, an verschüttete und verdrängte Erfahrungen der Bevölkerung mit Krieg und militärischer Gewaltanwendung anzuknüpfen, Verdrängungsmechanismen aufzubrechen, gesellschaftliche und sozialpsychologische Zusammenhänge von Rüstung und Krieg aufzuzeigen und Möglichkeiten des Widerstandes auszumachen.

Weiterhin soll ein Anti-Kriegs-Kongreß vom 28.-30.9. 1979 in Frankfurt stattfinden mit Themen:
deutsche Geschichte und Militarismus; Formen des antimilitaristischen Widerstandes; Friedensarbeit im Alltag; Rüstung und Ökologie; Frauen und Krieg; Friedenspädagogik u.a..

Informationsmaterial und Vorbereitungsmaterialien zu Anti-Kriegs-Aktion und Anti-Kriegs-Kongreß sind zu beziehen bei:

Kontakt: Sozialistisches Büro, Ludwigstr. 33, 605 Offenbach, Tel.: 0611 / 8 20 06

PANZERPARADE IN HILDESHEIM

Hildesheim
20. Juli 1979

In Hildesheim, einer Stadt, deren prominentester "Ehrenbürger" immer noch Adolf Hitler heißt, rasseln Panzer durch die Straßen, dröhnen Hubschrauber im Tiefflug über die Stadt hinweg, erklingt auf dem Marktplatz zum festlichen Zapfenstreich zackige Marschmusik. Tausende säumen die Straße, auf der Ehrentribühne jubeln vereint CDU-Bürgermeister und SPD-Landrat den vorbeidonnernden Kriegsmaschinen zu. Alles schon mal dagewesen?
Zum 20-jährigen Bestehen des Panzerbattailons 14 und der Panzergrenadierbrigade 1 hatten sich Bundeswehr und Stadtobere ein feines Programm ausgedacht, um der Bevölkerung vorzuexerzieren, daß sie eine Armee haben, auf die sie wieder stolz sein können:
- Panzer- und Hubschrauberparade durch die Innenstadt am 18.6.
- Waffenschau mit Erbsensuppe, Kleinkaliberschießen und grossem Tanzball
- Tag der offenen Tür für die Schüler. Motto: "Fahren mit dem Leopard", "Schießen mit dem G 3"
- feierlicher Zapfenstreich auf dem Marktplatz am 11.7.
- Ausstellung über die Geschichte der Bundeswehr und des Hildesheimer Battailons ("Über 300 Jahre") im November Rathaus.

"Massenandrang" meldete die örtliche Presse zur Panzerparade. Ganze Familien säumten die Route: Papi mit dem Fotoapparat in der Rechten, die lieben Kleinen fest an der linken Hand. Ob er seinen Kindern auch erzählt hat, wie ein Mensch so nach einem 'Volltreffer' mit 'ner Panzergranate aussieht? Ein ähnliches Bild beim Zapfenstreich: Tosender Beifall für das Heeresmusikkorps 1, gleich nebenan werden 100 friedliche Gegen-

demonstranten nach der 4. Strophe der "Moorsoldaten" von der Polizei unter Knüppeleinsatz in die Nebenstrasse gedrängt. Schon vor Beginn des Schauspiels hatte der Einsatzleiter klargemacht, daß er eine Störung auf keinen Fall wünsche, er habe "starke Kräfte" an der Hand. Um seinen Worten Gewicht zu verschaffen, beschlagnahmte er eine Trillerpfeife, die versehentlich losging. "Wehrkraftzersetzer", "Hitler hätte mit Euch schon längst kurzen Prozeß gemacht" schallte es den 'Störenfrieden' nach. Zum Schluß spielten sie die Nationalhymne - oder war es doch das Deutschlandlied?

In Hildesheim hat sich eine "Bürgerinitiative gegen Panzerparade und Militarismus" gebildet.

Kontakt: HiZ-Hildesheimer Zeitung, c/o M. Hilbig, Ahornweg 23, 3200 Hildesheim

"Was der Bürger nicht weiß, macht die Verwaltung nicht heiß"

AUTOBAHN A 46 DURCH DAS SAUERLAND GEPLANT

Bestwig April 79

Mit einer Verspätung von mehreren Monaten bringen wir den folgenden Bericht. Weil der Verfasser in Urlaub ist, konnten wir ihn auch nicht auf den aktuellen Stand bringen. Der Stand von Anfang Mai 1979 war folgender: Nachdem der SPD-Gemeinderat von Bestwig, Peter Voßwinkel, die Zustimmung der Gmeinde zum Bau der A 46 im Rat nicht verhindern konnte, wandte er sich an die Öffentlichkeit. Im Rat hatte sich eine Koalition von CDU bis SPD gebildet. Peter Voßwinkel schickte also eine Pressemitteilung an die einheimischen Tageszeitungen. Die Mitteilung unterblieb in der Presse. Aber nicht nur diese Mitteilung, sondern auch gleich das ganze Thema. Die Autobahnplanung durchs Sauerland war der einheimischen Presse keine Aufmerksamkeit wert. Daraufhin erhielt der ID dieselbe Mitteilung, weil er ja "auch im Sauerland von einigen Leuten gelesen wird. Vielleicht wirkt's für die als 'kleine' Ermutigung."

Bei der A 46 handelt es sich nicht um die Strecke, wegen der vor einigen Monaten der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Denke zurückgetreten war. Die A 4, die soviel Wirbel machte und an der auch Hessens Börners ganzes Herz hängt, soll etwa 20 km südlich der A 46, fast genau parallel zu dieser, verlaufen. Die Begründung für den Bau: Strukturverbesserung für das Ruhrtal!

Inzwischen gibt es Ansätze von Bürgerinitiativen der Region von Neheim-Hüsten bis Brilon.

Parteien und Politiker des Sauerlandes haben in der letzten Zeit immer wieder die absolute Notwendigkeit einer Autobahn von Hagen nach Brilon hervorgehoben. Entweder haben sich diese "Stellvertreter der Bevölkerung" überhaupt keine Gedanken dazu gemacht oder sie tun nur so, als gebe es keine Belastungen durch die Autobahn. Negative Auswirkungen auf die Natur, Landschaft und Tiere und Menschen sind nach den Erklärungen der Politiker nämlich nicht zu erwarten.

Tatsächlich aber wird die neue Autobahn quer durch das Sauerland zu einer unerträglichen Durchschneidung der Landschaft führen. Gewohnte Spazierwege werden nicht mehr zu begehen sein. Das Wild wird durch den hohen Lärm scheu werden und sich wahrscheinlich aus der näheren Umgebung zurückziehen. Aber gerade auch den Bewohnern rechts und links der Autorbahn werden gesundheitsgefährdende Belastungen durch Lärm und Luftverschmutzung beschert — diese Tatsache ist jedem, selbst den Sauerländer Stadt- und Gemeinderatsvertretern sowie sonstigen Politikern bekannt. Allerdings wird das Ausmaß dieser Belastungen besonders von den verantwortlichen Politikern gern heruntergespielt.

Neueste Untersuchungen haben ergeben, daß der durchschnittliche Verkehrslärm einer Autobahn im Flachland 6 km rechts und links der Autobahn auf Dauer zu Gesundheitsschäden führt. Wie das in den Tälern des Sauerlandes aussehen wird kann sich jetzt schon jeder ausmalen.

Im übrigen stelle ich mir schon die Bereicherung unserer schönen Landschaft mit Brücken vor, wie etwa vom "Bestwiger Wäldchen" quer über die Alfert bis zum "Ostwiger Losenberg". Ob diese Bauwerke wohl noch mehr Touristen anziehen werden? Die ständige Begründung, wir brauchten Sturkturverbesserungen, deshalb die Autobahn, damit Arbeitsplätze geschaffen und neue Investitionen getätigt würden, reicht so nicht aus und ist zudem noch falsch. Es ist nämlich falsch zu behaupten, daß die Verfechtung von Umweltschutzinteressen zu einem Investitionsstau führe: im Gegenteil, die notwendigen Initiativen zur Schaffung von umweltfreundlichen Verkehrsanlagen fordern neue Investitionen in Milliardenhöhe. Mit dem Geld sollten vorhandene Verkehrsanlagen sicherer sowie landschaftlich und städtebaulich angepaßter gemacht werden. Notwendig wären massive Investitionen für Lärmschutz, Straßenbegrünung, Anlage von Radwegen, Verbreiterung von Bürgersteigen, geschwindigkeitsmindernder Umbau von Straßen innerhalb von Ortschaften, also insgesamt zur Durchführung großflächiger Verkehrsberuhigungsmaßnahmen. Das hierfür notwendige Investitionsvolumen würde auf Jahre eine hohe Auslastung der betreffenden Wirtschaftszweige sichern und zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen. Es geht vor allem um eine Verlagerung von umweltzerstörenden Investitionen auf umwelterhaltende und -verbessernde Bereiche und Technologien. Im übrigen ergibt nach meiner Auffassung das Arbeitsplatzargument allein nie eine stichhaltige Begründung von ansonsten zweifelhaften Investitonen.

Das Sauerland ist nach objektiven Kriterien gemessen eins der wenigen schönen, ökologisch noch ziemlich intakten Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Zeit sind noch nicht genügend Bewohner des Sauerlandes über die Autobahnplanungen informiert. In der Vergangenheit haben die Politiker und Planer diesen Zustand oft ausgenutzt, zum Nachteil der Bürger, wie sich gezeigt hat. Viele Bürger wußten überhaupt nicht, (und konnten es auch nicht wissen, denn wer liest schon im Amtsblatt?), was mit ihrer Umgebung geschehen sollte. Gerade die Verwaltungen arbeiten zu oft nach dem Motto: "Was der Bürger nicht weiß, macht die Verwaltung nicht heiß".

So wie es aussieht ist offensichtlich auf keine Partei mehr Verlaß. Ich meine, daß es ein wesentlicher Grund ist, daß die "Volksvertreter" alle paar Jahre gewählt werden, in der Zwischenzeit aber keiner Kontrolle durch die Wähler unterliegen. Nur ihrer Partei oder ihrem eigenen Gewissen verpflichtet, stimmen sie hinter mehr oder weniger stark verschlossenen Rathaustüren ab, ohne daß das "gemeine Volk" auch nur ein Wörtchen mitzureden hätte. Es wäre zu überlegen, ob die Bürger direkte Entscheidungen zu einzelnen Fragen treffen können sollten.

Deshalb möchte ich alle, die sich vom Bau dieser Autobahn A 46 betroffen fühlen, ermutigen, ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen und auf die Parteien und die Verwaltung Druck auszuüben. Wenn die "Volksvertreter" zusehen müssen, wie Bürger gegen das Planungsvorhaben Protest anmelden und dabei viele an einem Strang ziehen, wäre die Autobahn A 46 und andere Beispiele skandalöser Planung eher vom Tisch zu fegen.

Peter Voßwinkel
Ratsmitglied der Gemeinde Bestwig

Kontakt: über ID



GORLEBEN – FAHRRADDEMO – AUS DER SICHT DER BEHERBERGER

Marburg
24. Juli

Bei uns haben letzte Nach 10 Leute vom Südtreck die Nacht verbracht. An sich ist das nichts außergewöhnliches. Irgendwo müssen die Leute ja schlafen, die seit über einer Woche jeden Abend in einer anderen Stadt einkehren. Wir haben aber etwas so Angenehmes erlebt, daß wir das eigentlich mitteilen wollen.

Also von vorne: Die Semesterferien bringen es mit sich, daß unsere WG ziemlich leer ist. Bis auf uns (Heidi und Frank) sind alle ausgeflogen. Da war's eigentlich klar, daß wir auch einen Teil der Fahradleute beherbergen würden. Wir sind 'ne ganz durchschnittliche WG mit 6 Leuten, haben die Wäscheleine im Flur, die Zeitungen auf dem Klo, zwei Klaviere und Dreck in den Ecken. Gegen 22 Uhr zogen eine Frau und 9 Typen die Treppen rauf und verteilten sich auf die Zimmer (Platz war ja genug). Bis hierher nichts außergewöhnliches eigentlich. Am Morgen holten wir Brötchen und deckten den Frühstückstisch. Und was machten die 1o Leute bevor sie aufbrachen? Das haben wir trotz recht großem Besucherstrom bei uns noch nie erlebt. Sie machten alle Betten, stellten die Matratzen beiseite, räumten den Tisch ab, wuschen ab, rissen sich um die Abtrockenhandtücher, stellten alles in die Schränke zurück, wischten den Tisch ab, brachten den Müll nach unten, sammelten Geld für unsere Auslagen und hinterließen einen Zettel mir ihren Adressen und den Worten ‚Ⓐlles Liebe'.
Nee, das haben wir noch nie erlebt vorher.

3. INTERNATIONALE KOORDINATIONS-KONFERENZ DER ANTI-ATOM-BEWEGUNG

BASEL
13. Juli

Hier eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz:

Am 30.6./1.7. waren in Basel Delegierte aus USA, England, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, BRD, Italien, Spanien und Schweiz vertreten. Die Konferenz zog Bilanz der ersten internationalen Demonstrationstage an Pfingsten und beschloß, diese an Pfingsten 80 zu wiederholen. Im weiteren kam heraus, daß die internationale Solidarität und Zusammenarbeit bestehen muß, um

– die atomare Bewaffnung zu bekämpfen,
– den Export von Atomtechnologie und Atommüll zu verhindern,
– die demagogische Erdöl-Gegenoffensive zu kontern, welche die Bevölkerung – ihre Angst vor der Arbeitslosigkeit nutzend – von der Notwendigkeit weiterer Atomanlagen überzeugen will
– die Gewerkschaften für unsere Ziele zu gewinnen
– die Repression zu bekämpfen

Die Konferenz unterstützt die Großdemonstration am 14.10. In Bonn und ruft die Nachbarländer zur Entsendung starker Delegationen auf.

Die vierte Konferenz findet am 19./20.1.80 in Freiburg/Breisgau statt. Vorläufige Themen sind die Vorbereitung der Pfingstaktionen 80, die Unterstützung eines geplanten Marsches nach Washington (264.80) und die für März vorgesehene Volksabstimmung in Schweden.

Kontakt: Internationale Koordinationskonferenz der Anti-Atom-Bewegung, Postfach 231, CH-4015 Basel, Schweiz

SPENDENAUFRUF GEGEN LAGERUNG VON ATOMMÜLL IN BIBLIS

Darmstadt, 26.7.

„In jedem von Euch steckt ein Spender — Ihr müßt ihn nur rauslassen."
(frei nach Karl Napp „Szenen einer Szene")

„Nachdem für die Atomindustrie und die diese protegierende Bundesregierung die Lagerung ihres atomaren Mülls wieder einmal ungeklärter denn je ist, suchen sie verzweifelt nach vorläufigen Möglichkeiten, ihren Dreck zu lagern. Dabei sind sie auf die wahnwitzige Idee gekommen, dieses Zeug einfach dort zu lassen, wo es auch produziert wird — im Atomkraftwerk.

Und so beschlossen sie, die Lagerkpazität in Biblis A und B von ursprünglich 4/3 Kernladung auf 9/3 zu erhöhen, d.h. durften ursprünglich abgebrannte Brennelemente von 1 Jahr dort lagern, so sollen es künftig von 6 Jahren sein.

Da jedoch unter der Reaktorkuppel kein Raum für eine Ausweitung des Lagerbeckens besteht, kam man auf die glorreiche Idee, die Brennelemente in dem bisherigen Becken einfach näher zusammenzurücken — kompaktlagerung wird dies allenthalben genannt.

Die Gefahren aufzuzählen, die von dieser Art Lagerstätten ausgehen, würde den Rahmen dieser Zeilen sprengen. Es dürfte jedoch auch einem Nichtkenner der Materie einleuchten, daß dies zu einer enormen Steigerung des Gefahrenpotentials führt (zu dieser Einsicht kann man bereits durch die Anwendung des mathematischen Verfahrens der Addition gelangen.) Darüberhinaus ist darauf hinzuweisen, daß Block A und B schon nicht mehr den heute gültigen Sicherheitsanforderungen entsprechen, da die Reaktorkuppeln nicht gegen Phantomabstürze ausgelegt sind und der vorgeschriebene Sicherheitsabstand zum nahe gelegenen Rhein wegen der Gefahr von Gastankerexplosionen nicht eingehalten ist.
Im Gegensatz zu geplanten vergleichbaren Anlagen meinen die Herren Betreiber auch statt mit 3 mit nur 2 Kühlsträngen auszukommen, um das katastrophale Niederschmelzen der Brennelemente zu verhindern. Ferner ist das Brennelementelager nach oben offen und somit keine Vorsorge gegen Absturz von Teilen getroffen, die mit dem Kran im Reaktorgebäude transportiert werden.
Dies und vieles andere mehr hielt diese Brüder jedoch nicht davon ab, beim Hessischen Wirtschaftsminister die Genehmigung für ihr neues atomares Planschbecken zu beantragen. Dieser erteilt in wohl bekannter Einmütigkeit auch prompt die Errichtungsgenehmigung.
Nachdem diese Kompaktgestelle bereits eingebaut waren, ertappten sich die Verantwortlichen bei einem juristischen Fehler, da sie „übersehen" hatten, daß die Öffentlichkeit an dem Verfahren beteiligt werden muß.
Diesen juristischen Patzer versuchten sie auszubügeln, indem sie anläßlich der anstehenden Betriebsgenehmigung nun ein solches Genehmigungsverfahren einleiteten.
Die Meinung der interessierten Öffentlichkeit war auch diesmal wieder überzeugend. 10 000 Einwendungen aus der Bevölkerung wurden erhoben.
Die Anhörung der Einwender im Erörterungstermin im Frühjahr in Biblis zeichnete sich bald als Farce ab, bei der die Einwender nicht bereit waren mitzuspielen. So versuchte man die Bedenken der Einwender mir einem Sicherheitsbericht zu zerstreuen, der literarisch gesehen in die Kategorie der Groschenheftchen einzuordnen wäre. Zu offensichtlich und durchschaubar trat das atomindustriefreundliche Verhalten der Vertreter der hessischen Landesregierung zu Tage. Und als schließlich noch unser Spezialist für Fragen der Technik mir Gewalt aus dem Saal entfernt werden sollte, verließen die Einwender dieses Spektakel. Sie Versäumten aber nicht, der zurückgebliebenen Liaison von Atomindustrie und Landesregierung anzudrohen, daß man sich vor Gericht widersehen würde.
Diese Drohung wollen wir mit Eurer Hilfe in die Tat umsetzen!

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, wird die Betriebsgenehmigung für das Kompaktlager im Herbst dieses Jahres erteilt werden.

Wir werden auf diese Genehmigung (zumindest juristisch) gut vorbereitet sein und umgehend mit einem verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren reagieren.
Wir stehen bereits mit einigen Freunden aus der Umgebung von Biblis in Kontakt, die bereit sind, als Kläger aufzutreten. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß eine finanzielle Absicherung für den Fall der Niederlage bei Gericht gewährleistet ist.

Es gibt bereits einen Rechtshilfefonds für die Klage gegen Block C. Diesen wollen wir aber nicht angreifen, da die Mittel für den Kampf gegen Block C benötigt werden.
Daher unsere Bitte, Eure vermutlich angespannte Finanzlage zu überprüfen und gegebenenfalls einen vielleicht auch nur bescheidenen Betrag auf das

Spendenkonto: Heidi Bordon, Sandbergstr. 25, 6100 Darmstadt, Kontonr. 546 941, bei der Sparkasse in Darmstadt
Stichwort: - Kompaktlager -
zu leisten.

Haltet Euch dabei bitte vor Augen, daß diesem Verfahren eine große Bedeutung zukommt. Das Kompaktlager von Biblis wird das erste sein, das Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung werden wird — es kommt damit einem Musterverfahren gleich, denn in anderen Atomkraftwerken sind auch Kompaktlager geplant.
Darüberhinaus bitten wir zu bedenken, daß die bisherigen Lagerkapazitäten in Biblis nunmehr nahezu ausgeschöpft sind. Da derzeit auch keine anderen Lagermöglichkeiten in Sicht sind, bedeutet die Verhinderung der Kompaktlagerung in Biblis, daß Block B auf jeden Fall nicht in diesem Jahr seine wohlgeschützte Pforte schließen müßte.

Mit umweltfreundlichen Grüßen
Eure Rechtshilfegruppe in der AGU Darmstadt"

Kontaktadresse: AGU-Büro Darmstadt, Lauteschlägerstr. 24, 61 Darmstadt.

EINMOTTEN — ABER ENDGÜLTIG

Brunsbüttel
30. Juli 1979

Seit der x-ten Schnellabschaltung am 18.6.78 liegt das Atomkraftwerk Brunsbüttel still. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat mit seinem Urteil vom 2.7.79 (Aktz.: VII OVG B 52/76) - erstmals in der BRD - den weiteren Betrieb gestoppt. Der Betrieb darf solange nicht wieder aufgenommen werden, bis entweder eine Reihe von Auflagen des OVG Lüneburg erfüllt sind oder bis das Verwaltungsgericht Schleswig in einem sog. Hauptsacheverfahren ein anderes Urteil fällt.

Die Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU Hamburg hat einen Kommentar dazu geschrieben (das Urteil kann auch besorgt werden) und außerdem eine astreine Broschüre erstellt:
"Brunsbüttel - der Störfall ist der "Normalfall"

Der Kommentar und die Broschüre können bezogen werden über:

Kontakt: Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU Hamburg c/o AK Politische Ökologie, Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel: 040 / 402 782

(Einzelpreis DM 1,50; ab 10 Stück DM 1,-)

FORUM ALTERNATIV – COMMUNITY ACTION SYMPOSIUM '79

Wien 15. Juni — *Anläßlich der UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (UNCSTD), die sich hauptsächlich mit der "neuen Weltwirtschaftsordnung", sowie dem "Einsatz von Technologie und Wissenschaft im Dienste der Entwicklung", dem Technologietranfer besdhäftigen wird, veranstaltet Community Action gemeinsam mit Forum Alternativ ein Gegeninformationsprogramm.*

Community Action Network ist ein Netz von Basisbewegungen in Europa und Nordamerika, welches in einer Reihe jährlich abgehaltener Symposien über die Aktivitäten der verschiedenen Gruppen einen Informationsaustausch pflegt. Diese Treffen erfreuen sich reger internationaler Teilnahme, die von diversen Bürgerinitiativen, ökologischen Vereinigungen bis zu Rechtshilfezentren und Umweltschutzgruppen eine Vielzahl von Organisationen vereint. Diese internationale Seminare wurden bisher in Jugoslawien, Schweden und Dänemark abgehalten ; 1978 fand das jährliche Symposium unter dem Patronat des Bürgermeisters in La Rochelle (Frankreich) statt.

1979 wird dieses Symposium vom 15.-23. August in Wien stattfinden. Zusätzlich zu diesem Symposium wird Community Action ein Alternativ Forum als offene Tagung veranstalten, in der vor allem die theoretische Auseinandersetzung mit der Problematik sowohl der UNCSTD als auch der anwesenden Organisationen der NGO's (Non-Governmental Organization – unabhängige Forscher, Organisationen, die unmittelbar mit alternativer Technologie und an gesellschaftlichen Gesichtspunkten von Technologietransfer, Entwicklung etc. arbeiten) und Community Action ermöglicht werden soll. Hier sollen Wissenschaftler, Organisationen, die an gesellschaftlichen Gesichtspunkten und Problemen im Rahmen der Diskussion um eine neue "Weltwirtschaftsordnung" und "Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung" arbeiten, und Institute, die sich mit alternativen Technologien und der gesamten Entwicklungsproblematik auseinandersetzen, eine Möglichkeit erhalten, sich zu artikulieren. Den österreichischen Organisatoren, dem FORUM ALTERNATIV, wird in erster Linie die Aufgabe zufallen, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Durchführung des Symposiums wie der offenen Tagung zu sichern.

Zu folgenden Bereichen gibt es Arbeitsgruppen:
Ökologie; Architekten-Ökodorf; Technik-Energie; Netzwerk-Alternative; Öffentlichkeitsarbeit; Theater; Dritte Welt; Frauen; Gesundheits-Medizin; UNO-Konferenz; Verpflegung-Wohnen.

Kontakt: Verein FORUM ALTERNATIV, Margaretengürtel Nr. 122-124, Stiege 1, Tiefparterre , A-1o5o Wien, Tel.: o222/ 55 3o 653

URTEIL IN SACHEN STROMBOYKOTT

Stuttgart 20. Juli 1979 — Das Urteil des Stuttgartes Amtsgerichts, das den Stromzahlungsboykott für rechtens erklärt, kann bezogen werden über:

P. Grohmann, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1,

(DM 1,50 in Briefmarken beilegen)

WER WILL EINE AMNESTIEKAMPAGNE?

Hannover 23. Juli — *40 Leute der Bürgerinitiative Oststadt/List die in Hannover Stadtteilarbeit gegen Atomkraftwerke machen, wollen eine Diskussion über eine mögliche Amnestiekampagne. Sie fragen, welche Gruppen unter welchen Bedingungen grundsätzlich dagegen sind. Sie schreiben u.a.:*

"Wir finden eine Amnestiekampagne aus folgenden Gründen richtig: Eine derartige Kampagne rückt die vom Staat betriebene Kriminalisierung von AKW-Gegnern wieder ins öffentliche Bewußtsein. Kriminalisierung muß in all ihren Spielarten, also nicht nur Gefängnis- oder Geldstrafen, sondern ebenso Bespitzelung, Personenfeststellung, Einteilung der AKW-Gegner in friedliche und gewalttäige etc., wieder zur Diskussion gestellt werden. Eine solche Kampagne kann zeigen, daß die Bewegung jeden Widerstand, eben auch den Verurteilten, akzeptiert und trägt, daß wir uns nicht spalten lassen.

Deutlich muß werden, daß wir uns nicht mit den Prozessen abfinden, die Urteile nicht akzeptieren. Denn jeglicher Widerstand gegen AKWs ist politisch und moralisch legitim. Das Mittel der Amnestie, die als Forderung, nicht als Bitte, an den Staat zu verstehen ist, bietet auch Leuten, die noch nicht bereit sind, an Demos etc. teilzunehmen, die Möglichkeit Stellung zu beziehen.

Öffentlichkeit herzustellen heißt auch, daß man nicht allein, privat mit seinen Ängsten vor den Repressionen des Staates fertig werden muß. Sondern daß das Solidaritätsgefühl innerhalb der Bewegung gefestigt werden kann, weil keiner vergessen wird. Dies kann die Bereitschaft aktiv Widerstand zu leisten stärken. . .

Ein für uns wichtiger Punkt, die Amnestiekampagne zu unterstützen, ist eine entsprechen Aufforderung an unsere Gruppe durch einen Betroffenen. Wir wissen, daß nicht alle Verurteilten hinter der Amnestieforderung stehen, aber können wir sagen, alle oder gar nichts? Ist nicht selbst einer hinreichend genug auch in dieser Form aktiv zu werden?

(. . .) Die Leute vor dem Knast bewahren können wir nicht, günstigstenfalls eine Haftverkürzung erreichen, was unseres Erachtens ein großer Erfolg – auch für die Gefangenen – wäre. Diese Einschätzung beruht darauf, daß wir eine Amnestie nur unter der Voraussetzung fordern, daß weiter Widerstand ohne Einschränkung geleistet wird, keiner dem anderen bestimmte Widerstandsformen vorschreibt, und daß dies in der Kampagne zum Ausdruck kommt. D.h., wir haben dem Staat nichts zu bieten, kein Friedensangebot zu machen. Ansprechpartner ist die Bevölkerung, nicht der Staat, denn nur der Druck der Leute kann unsere "Volksvertreter" in Bewegung bringen.

Wir fordern Amnestie, da dies eine Möglichkeit ist, den Staat zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Bei einer Forderung wie "Rücknahme aller Urteile" oder "Alle Knäste auf" – so richtig diese auch ist – kann sich jeder Politiker auf die juristische Unmöglichkeit dieser Forderung rausreden. Und so stark schätzen wir die Anti-AKW-Bewegung nicht ein, die Po-

litiker bewegen zu können, diese Frage ernsthaft diskutieren zu müssen.

Die Forderung nach Amnestie, die durchaus vom Staat als Möglichkeit geschaffen ist, um dem Druck der Öffentlichkeit stattgeben zu können, kann eine Stellungnahme erwarten. Der Gefahr, auf den Parlamentarismus abzuflippen, kann begegnet werden, wenn die oben genannten Bedingungen der Kampagne beachtet werden. Die Forderung "Weg mit dem Atomprogramm" ist Bestandteil der Kampagne, da nur hieraus der Widerstand der verurteilten AKW-Gegner abzuleiten ist.

Als Anhang zu dieser Stellungnahme von uns ein Vorschlag zu einer Unterschriftenliste. Klar sollte sein, daß dies nicht das einzige Mittel der Kampagne ist. Phantasie an die Front.

Da jetzt die ersten schon in den Knast gehen, müssen wir so schnell wie möglich was tun. Schreibt UNBEDINGT bis Ende August eure Einschätzung der Dinge, und was ihr machen wollt. Wir werden versuchen das Ergebnis zu verbreiten.

Kontakt: Hans Blazejewski, Postfach 1105, 3004 Isernhagen II

EIN TRENNSCHEIBEN–URTEIL

Berlin
25. Juni 1979

Von Rechtsanwalt Rainer Elfferding aus Berlin erhielten wir die folgende Presse-Mitteilung:

Das Landgericht Köln - Strafvollstreckungskammer - hat in einem Beschluß vom 16. Mai 1979 - 33 StVollz 14/78 - auf Antrag des Strafgefangenen Willi Räther die Anordnung der Anstaltsleitung der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf aufgehoben, daß Privatbesuche bei diesem Gefangenen nur in einem mit der Trennscheibe ausgestatteten Raum stattfinden dürfen.

Das Gericht hat sich dabei zwar der Auffassung der Anstaltsleitung angeschlossen, von Willi Räther, der am 12. Dezember 1974 wegen Teilnahme an dem Bombenanschlag auf den Britischen Yachtclub in Berlin am 1./2. Februar 1972 zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 8 Jahren verurteilt worden war, gehe auch heute noch "eine ganz erhebliche Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt" aus; dies folge aus seinem Bemühen, Kontakte mit "offenbar gleichgesinnten, der terroristischen Szene zuzuordnenden Gefangenen" herzustellen, und aus seinem Verhalten im Strafvollzug.

Das Gericht hält jedoch zur Abwendung dieser Gefahren die Trennscheibe nicht für erforderlich. Diese dürfe ohnehin nicht allgemein, sondern stets nur für den Einzelfall, wenn überhaupt, angeordnet werden. Dabei müsse auch die Person des jeweiligen Besuches berücksichtigt werden. Grundsätzlich jedoch sei davon auszugehen, daß die routinemäßigen und genauen Kontrollen der Besucher sowie die genaue Überwachung der Besuche selbst durch gut geschulte Beamte zur Gefahrenabwehr ausreiche, wobei sich die Anstalt auch nicht auf Personalknappheit berufen dürfe. Die generelle Anordnung der Trennscheibe sei daher rechtswidrig und verletze den Gefangenen in seinem allgemeinen Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 GG und in seinem Besuchsrecht aus dem Strafvollzugsgesetz. Durch die Trennscheibe trete, so führte das Gericht aus, "eine erhebliche psychische Kommunikationsverschlechterung" ein, die zu den ohnehin schon durch die Überwachung bestehenden "Kommunikationshindernissen" hinzukommen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebiete daher generell die Anwendung nur des milderen Mittels, der Besuchsüberwachung.

NACHRICHTENDIENST DES GEFANGENENRATS SOLL WIEDER ERSCHEINEN

Frankfurt
30. Juli 1979

Der Nachrichtendienst für eine Gefangenenbewegung, der 1974 zum erstenmal erschien und 1976 nach der Verhaftung der meisten Mitarbeiter des Gefangenenratsbüros in Ffm. eingestellt wurde, soll von neuem erscheinen - in der unveränderten Form mit einem Nachrichten- und Diskussionsteil. Er soll in Gefängnissen, psychiatrischen Haftanstalten, Erziehungsanstalten verbreitet werden. Es hat sich gezeigt, daß die Justiz die Verbreitung des ND zwar durch Beschlagnahmungen behindern, aber kaum verhindern kann, wenn es nur irgendwo Leute gibt, die ihn weitermachen.

Der frühere Nachrichtendienst hatte eine weite Verbreitung in allen westdeutschen Gefängnissen und war, als versuchsweises Medium einer schon damals international gedachten Gefangenenbewegung, eng mit der Informationsarbeit des französischen Gefangenenkomitees CAP verbunden. Der ND war Knotenpunkt für Informationen aus den Gefängnissen - was zum Beispiel dazu führte, daß die Justiz im Verlauf des sog. "Mannheimer Gefängnisskandals" zum ersten Mal gezwungen wurde, einen Mord an einem Gefangenen zuzugeben. Der ND enthielt auch erste Ansätze einer politischen Diskussion der Gefangenenmehrheit.

Der neue Nachrichtendienst wird kostenlos an Gefangene und Internierte verschickt. Um diesen erheblichen Aufwand - neben der Beantwortung aller eingehenden Briefe, aus denen die jeweiligen ND-Nummern entstehen - finanzieren zu können, muß der Nachrichten-Dienst von möglichst vielen zahlenden Abonnenten getragen werden.

Der Nachrichtendienst soll zunächst monatlich erscheinen und zwischen zwei und drei Mark kosten.
Vorbestellungen für die erste Nummer (voraussichtlich Oktober) und Zuschriften an:

Rolf Winter, Deckertstr. 19, 48 Bielefeld 13 und
P. Erlach, Hamburger Allee 72, 6 Frankfurt 90, Tel. 0611/775024

ANGRIFF AUF GEFANGENE

Hamburg
18. Juli

Folgender Bericht von Bernd Geburtig, seit Jahren Gefangener aus der RAF, schickten uns seine Hamburger Anwälte:

"Ich wurde gegen 8.45 Uhr, während Helmut Pohl und Sigurd Debus Hofgang machten, zum Duschen geholt. Die beiden Schließer, die mich zum Duschen brachten (deren Namen mir nicht bekannt sind), waren von Anfang an darauf aus, eine Provokation zu starten — was dadurch klar ist, daß sie noch hier oben auf der Station b 3 völlig unvermittelt anfingen, teils dumme Sprüche, teils offene Drohungen von sich zu geben ("was ist da denn für einer?" – "aha, auch son Terrorist" – "Na, das kriegen wir schon zurecht"). Ich habe darauf überhaupt nicht reagiert, sondern die beiden und die Sprüche völlig ignoriert.

Als ich unter der Dusche stand, haben die beiden nach ca. 5 Minuten gegen die Tür geballert, was wohl bedeuten sollte, daß die Zeit rum sein soll. Da wir immer 10 bis 15 Minuten zeit zum Duschen haben (das ist in den 4 Jahren nie anders gewesen) und ich demzufolge noch nicht fertig war, hab ich mich darum nicht weiter gekümmert. Als ich mit dem Duschen fertig war und nackt im Duschraum stand und mich abtrocknete, haben die beiden die Tür aufgerissen und aufgehalten (dazu muß man wissen, daß die Tür direkt auf einen Gang führt, auf dem laufend Gefangene, Kalfaktoren, Schließer, usw. hin und her

rennen, also jede Menge Betrieb ist). Ich hab gesagt, die beiden sollen die Tür zumachen, bis ich angezogen bin. Als die beiden die Tür nicht zumachten, bin ich zur Tür gegangen, um sie zuzumachen. Wobei die beiden mit wüsten Beschimpfungen anfingen ("fette Sau" — "Dir haun wir gleich eins in die Fresse" usw. usw.). Ich hab noch mal gesagt, daß die Tür solange zu bleibt, bis ich angezogen bin und hab die Tür dann zugemacht. Während ich dann beim Anziehen war, konnte ich hören, wie die beiden auf dem Gang vor der Tür die Anweisung gegeben haben, alle Gefangenen, die da rumlaufen, "unter Verschluß" zu nehmen — d.h., es war offensichtlich, daß sie Vorbereitungen für einen Überfall auf mich trafen. Unmittelbar nachdem alle Gefangenen "weggeschlossen" waren, kamen die beiden dann in den Gang und fingen an, mich (ich war noch nicht ganz fertig angezogen) an Armen und Haaren aus dem Duschraum rauszuzerren. Die Tatsache, daß ich das Reißen in den Haaren dadurch abzuwehren versuchte, daß ich die beiden von mir wegzudrängen versuchte, war für die beiden der ersehnte Anlaß, Alarm zu pfeifen, um das Rollkommando ranzuholen.
Insgesamt 8 - 10 Schließer haben mich dann unter völlig enthemmten Armeverdrehen, Haare ausreißen, mehrmaligem Kopf-gegen-die-Wand-schlagen (wobei sich die beiden Provokateure sowie der berüchtigte Schläger Wessoleck besonders hervortaten) in eine der "Beruhigungs"-/Beobachtungszellen geschleift. Der inzwischen hinzugekommene "Inspektor vom Dienst" Stockhusen fühlte sich weder bemüßigt, gegen die Brutalitäten noch gegen die die Brutalitäten begleitenden verbalen Drohungen ("dem müßte man den Hals umdrehen", usw,) einzuschreiten. D.h., die Schließer vom Rollkommando hatten allen Grund, anzunehmen, daß ihre Brutalitäten und Drohungen in jeder Weise gedeckt würden. Ich habe dann erklärt, daß ich sofort im Hunger- und Durststreik bin, solange, bis ich wieder aus der "Beruhigungs"-/Beobachtungszelle raus und wieder in "meiner" Zelle bin (Beobachtungszelle heißt: ständige Beobachtung durch ne offene Klappe in der Tür, nichts zu lesen/schreiben, kein Radio, also gar nichts).

Nachdem klar war, daß der Knast nun tatsächlich mit einem Hunger- und Durststreik konfrontiert war und Helmut Pohl und Sigurd Debus, die, weil sie während des Überfalls auf dem Hof waren, zwar nicht wußten, was passiert war, aber — da sie ja mitkriegten, daß ich den ganzen Tag nicht in meiner Zelle war — immerhin merkten, daß irgendetwas los war, den ganzen Tag über Druck gemacht hatten, kam am Abend gegen 21.00 Uhr der "Inspektor vom Dienst" Stockhusen in die "Beruhigungs"-Beobachtungszelle und erklärte mir, daß ich sofort am nächsten Morgen wieder in meine alte Zelle zurück kommen würde. Aber ich möchte doch den Streik beenden, usw. ... Nach der definitiven Zusage, daß ich in meine Zelle zurückkomme, habe ich den Streik dann beendet.

Durch das Haare-Ausreißen und Kopf-gegen-die-Wand-Schlagen hab ich heute noch Kopfschmerzen, sowie durch die sonstigen Schläge und Arme-umdrehen Schmerzen in der Schulter- und Rückengegend. Wichtig ist noch — weil es neben der Tatsache, daß die beiden Schließer schon mit dem Provozieren/Drohen anfingen, als sie mich zum Duschen abholten, beweist, daß das ganze bis ins Kleinste auf nen Überfall angelegt war — daß Helmut Pohl und Sigurd Debus, die später als ich zum Duschen waren, wie die ganzen Jahre üblich 15 Minuten Zeit zum Duschen hatten und zum Anziehen noch weitere 15 Minuten.

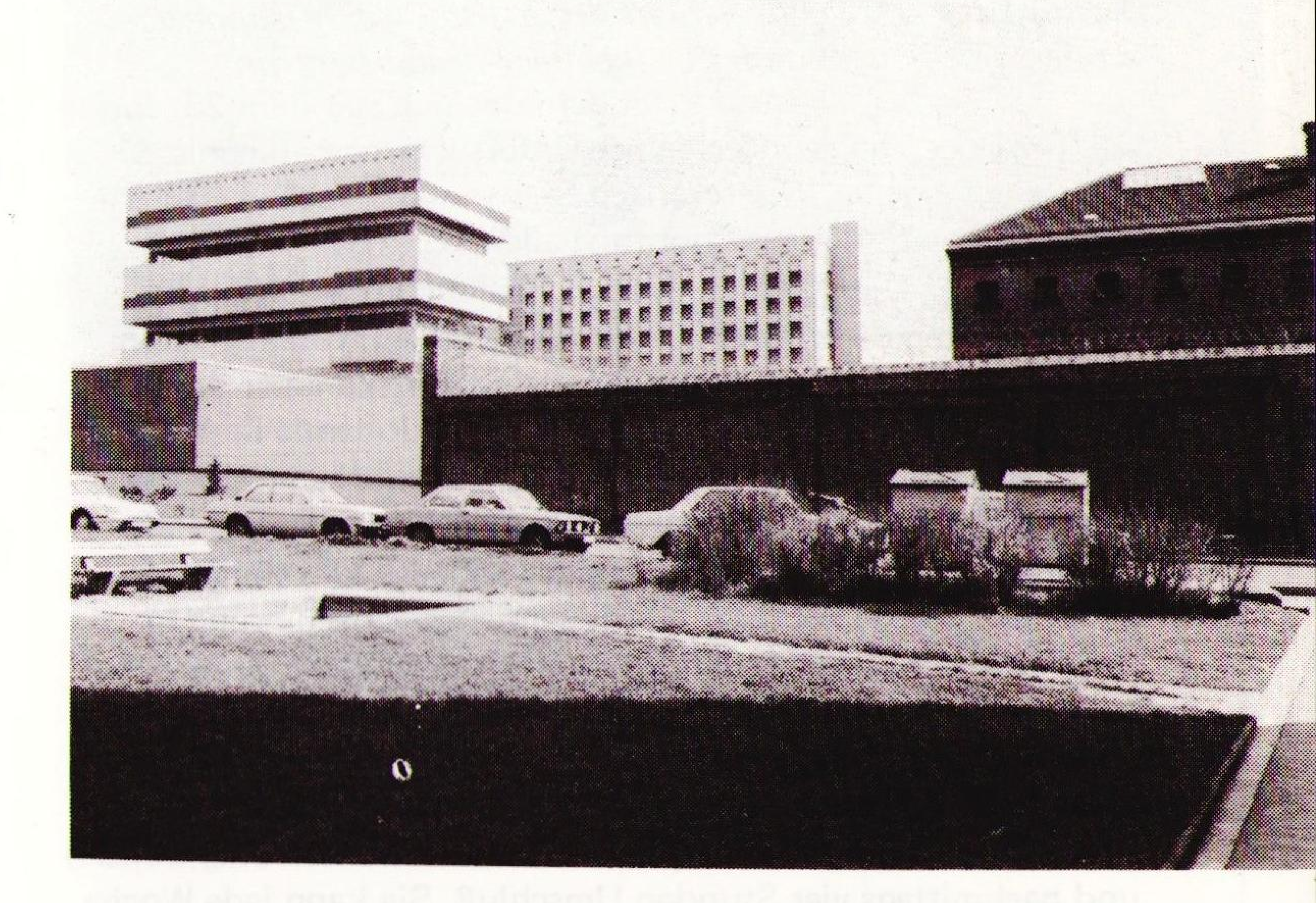
Man kriegt einen Begriff von der Sache, wenn man sie in den Zusammenhang stellt, in den sie gehört: Innerhalb der letzten 6 Wochen sind 3 massive Drohungen bzw. direkte körperliche Angriffe von Seiten einiger Schließer gegen uns gerichtet gewesen:

- Vor etwa 6 Wochen, als ich zusammen mit Helmut Pohl zum Duschen war, wurde mit der gleichen Methode Türen aufreißen und aufhalten, während wir nackt im Duschraum stehen — versucht, eine Provokation anzuzetteln. Es waren genau die beiden Schließer, die jetzt bei mir den Überfall eingeleitet haben — vor 6 Wochen, als wir zu zweit waren, Helmut und ich, wagten sie allerdings nicht den direkten körperlichen Angriff.
- vor etwa 4 Wochen wurde, als Helmut Pohl zu Duschen war, in seiner Zelle eine Schlinge aufgehängt.
- Am letzten Wochenende wurde das erste Mal ein direkter Überfall im Anschluß an eine gezielte Provokation gestartet.

Allen 3 Drohungen/Angriffen ist gemeinsam, daß sie am Wochenende, also jeweils am Samstag stattfanden — also genau dann, wenn die Vollzugsbürokratie/-Hierarchie nicht anwesend ist, es keine Kontrolle gibt, und so die Provokateure/Schläger unter den Schließern ziemlich ungehindert vorgehen können.

Und — was wichtig ist: man kann es nicht beweisen, aber die Erfahrungen seit 77 stellen den Zusammenhang her: Die Schlinge wurde in Helmuts Zelle aufgehängt 2 Tage nach Beginn des letzten großen Hungerstreiks von politischen Gefangenen: Der Überfall jetzt fand statt, nachdem am Freitag bekanntgeworden war und am Samstag in der Zeitung zu lesen war, daß es die RAF war, die sich für den Anschlag auf Haig verantwortlich erklärt hat."

2.7. Bernd Geburtig



SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG DER GEFANGENEN FRAUEN AUS DER JVA III IN PREUNGESHEIM

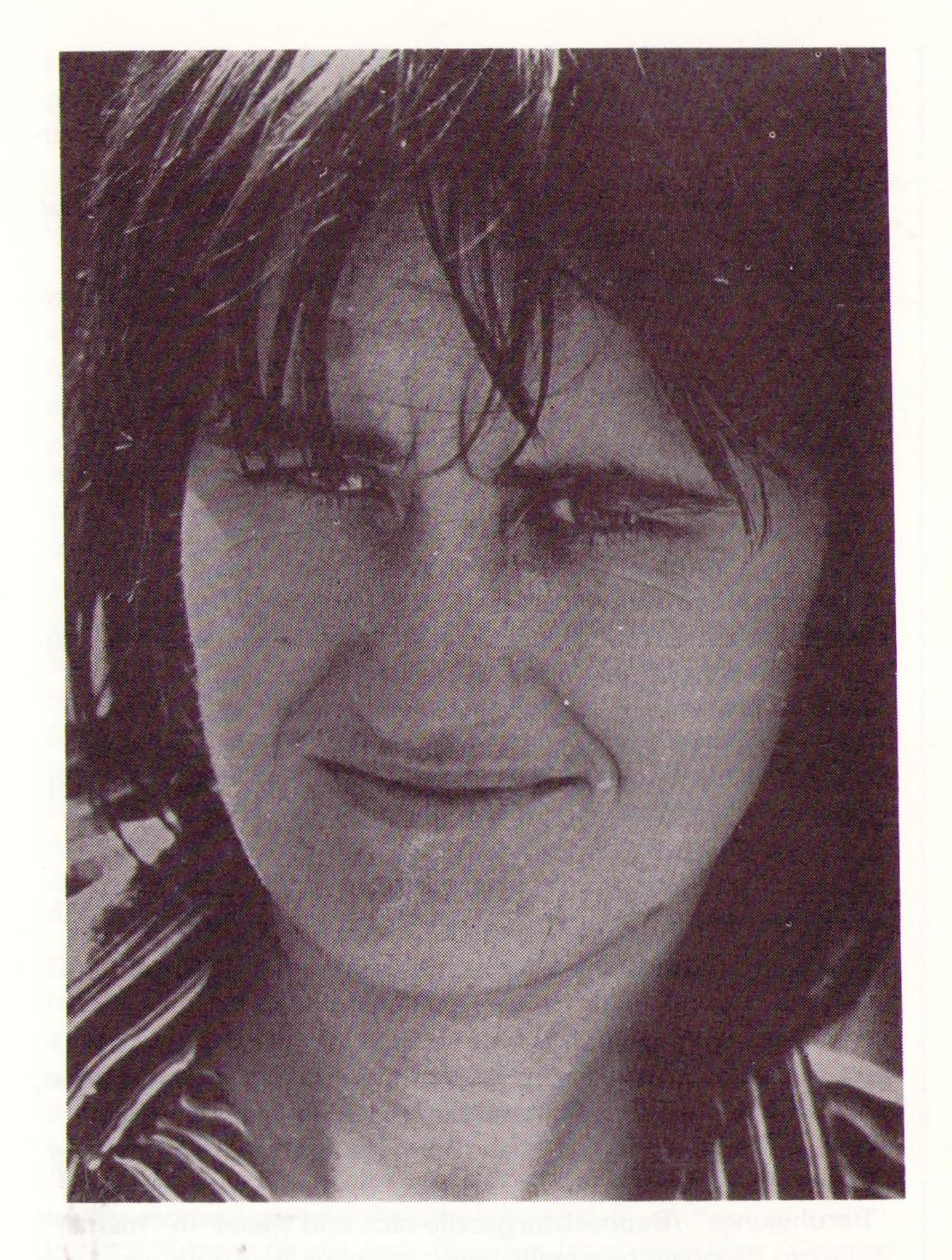
Zu dem Hungerstreik der Jugendlichen im Gefängnis Höchst (ID 291, 292) erreichte uns jetzt noch eine Solidaritätserklärung von 46 Frauen in Preungesheim:

Aus offiziellen Informationen wurde uns bekannt, daß 38 Gefangene der JVA II Höchst (Jugendvollzug) in einen unbefristeten (nach inoffiziellen Informationen sollen es mittlerweile 90 Gefangene sein) Hungerstreik getreten sind.
Nur allzugut kennen wir die Situation und wissen wie wichtig es ist, die bestehenden Verhältnisse in den Knästen zu ändern - zu verbessern - menschenwürdiger zu machen.
Wenn 38 Gefangene in einen Hungerstreik treten, heißt das, 38 Menschen setzen ihr Leben, ihre Gesundheit aufs Spiel. Ein Hungerstreik beansprucht alle Kraft und Stärke und ist keine Sache die man mal "nur so" nebenbei machen kann.

Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Gefangenen des Jugendknastes JVA II Höchst, die genau wie wir für Menschlichkeit im Knast und damit gegen die zerstörerische Knastmaschinerie kämpfen.
Um für uns - der gefangenen Frauen aus Preungesheim - die Situation zu verändern und öffentlich zu machen, griffen wir zu unserem letzten Mittel und hungerten vom 8.6. - 21.6.
In erster Linie war und ist uns wichtig, eine Basis zu schaffen, uns das Recht zu erkämpfen als Gruppe an uns und unserer Situation zu arbeiten. Aus eigenen Erfahrungen wissen wir wie wichtig und notwendig es ist, Unterstützung von draußen zu bekommen und da dürfen sich die Knastgruppen besonders angesprochen fühlen, außerdem

— fordern wir alle linke Zeitungen und all diejenigen, die sich angesprochen fühlen auf, uns in unserem Kampf gegen Unmenschlichkeit zu unterstützen.
  Wir rufen alle Gefangenen auf, alle, die nichts mehr zu verlieren haben als ihre Ketten , den Kampf in den Gefängnisse aufzunehmen, zu organisieren und zu führen.

die gefangenen Frauen aus Preungesheim



NEUES ZU ASTRID PROLL

Frankfurt
Ende Juli

Ein Bericht der Astrid Proll - Gruppe aus dem Eckenheimer Frauenzentrum:

Astrid Proll befindet sich seit dem 23. Juni 1979 wieder im Preungesheimer Untersuchungsgefängnis. Sie kehrte auf eigenen Wunsch nach Deutschland zurück - d.h. sie verzichtete auf die Ausschöpfung aller Rechtswege zur Durchsetzung ihrer Nicht-Auslieferung-, um sich auf ihren Prozeß, der im September wieder aufgenommen wird, vorzubereiten. Sie wird in Frankfurt vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichtes unter Vorsitz der Richterin Johanna Dierks angeklagt. Am Wochenende des 14./15. Juli wurde sie in der JVA Preungesheim in den Normalvollzug eingegliedert: ihre Haftbedingungen gleichen nun denen der anderen U-Gefangenen. Allerdings wurde bei ihrer relativ schnellen Überführung in den Normalvollzug ihre lange U-Haft in Ossendorf, Preungesheim und in England berücksichtigt. Astrid kann an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen und auch arbeiten (Zellenstreichen). Seit ihrer Einlieferung hat sie täglich Hofgang mit den anderen Frauen (in England war sie zeitweise völlig isoliert) und nachmittags vier Stunden Umschluß. Sie kann jede Woche eine halbe Stunde lang von zwei Personen gleichzeitig besucht werden; Verwandte und Anwaltsbesuche laufen außerhalb dieser Regelung. Da sie im Normalvollzug ist, sind bei den Besuchen keine LKA-Beamte anwesend (nur eine Schließerin ist dabei), außerdem befindet sich keine Trennscheibe zwischen Astrid und ihren Besuchern.

Beim Haftprüfungstermin am 10.7.79 wurde von Astrid ein Antrag auf Haftverschonung gestellt. Der Antrag wurde wegen Fluchtgefahr abgelehnt. Die Begründung: Astrid habe in der BRD wenige wirkliche Bindungen, dafür aber Verbindungen, die ihr ein erneutes Untertauchen ermöglichen. Das zu erwartende Strafmaß sei so hoch, daß es einen Anreiz zur Flucht darstellte; außerdem sei auch die U-Haft im Verhältnis zu der zu erwartenden Strafe angemessen (das ist noch keine Vorverurteilung, sondern beruht auf den Berechnungen der Staatsanwaltschaft!) "Auch die 'soziale Bürgschaft', wie sie von namhaften Vertreterinnen des öffentlichen Lebens angeboten wurde, kann dem Gerichtsbeschluß zufolge die Fluchtgefahr nicht ausräumen. Die Bürgschaft habe nämlich keinerlei Verbindlichkeit für Frau Proll, da sie zustande gekommen sei, ohne daß sich die Bürgen mir Astrid Proll in Kontakt gesetzt hätten." (Frankfurter Rundschau v. 11.7.79) Die Bürginnen haben inzwischen öffentlich erklärt, daß sie die Sozialbürgschaft natürlich nach Absprache mit Astrid Proll übernommen hatten. Nach Aussage der Richterin kann ein neuer Antrag mir mehr Aussicht auf Erfolg zu Prozeßbeginn gestellt werden. Es scheint, daß die Justiz am meisten befürchtet, daß Astrid Proll am 19. September, dem ersten Prozeßtag, nicht anwesend sein könnte.

Ulrich Preuß, Bremen, und Johannes Riemann, Frankfurt, sind bisher die beiden Wahlpflichtverteidiger von ihr.

Falls es noch weitere Gruppen zu Astrid Proll gibt: meldet Euch bitte bei uns:

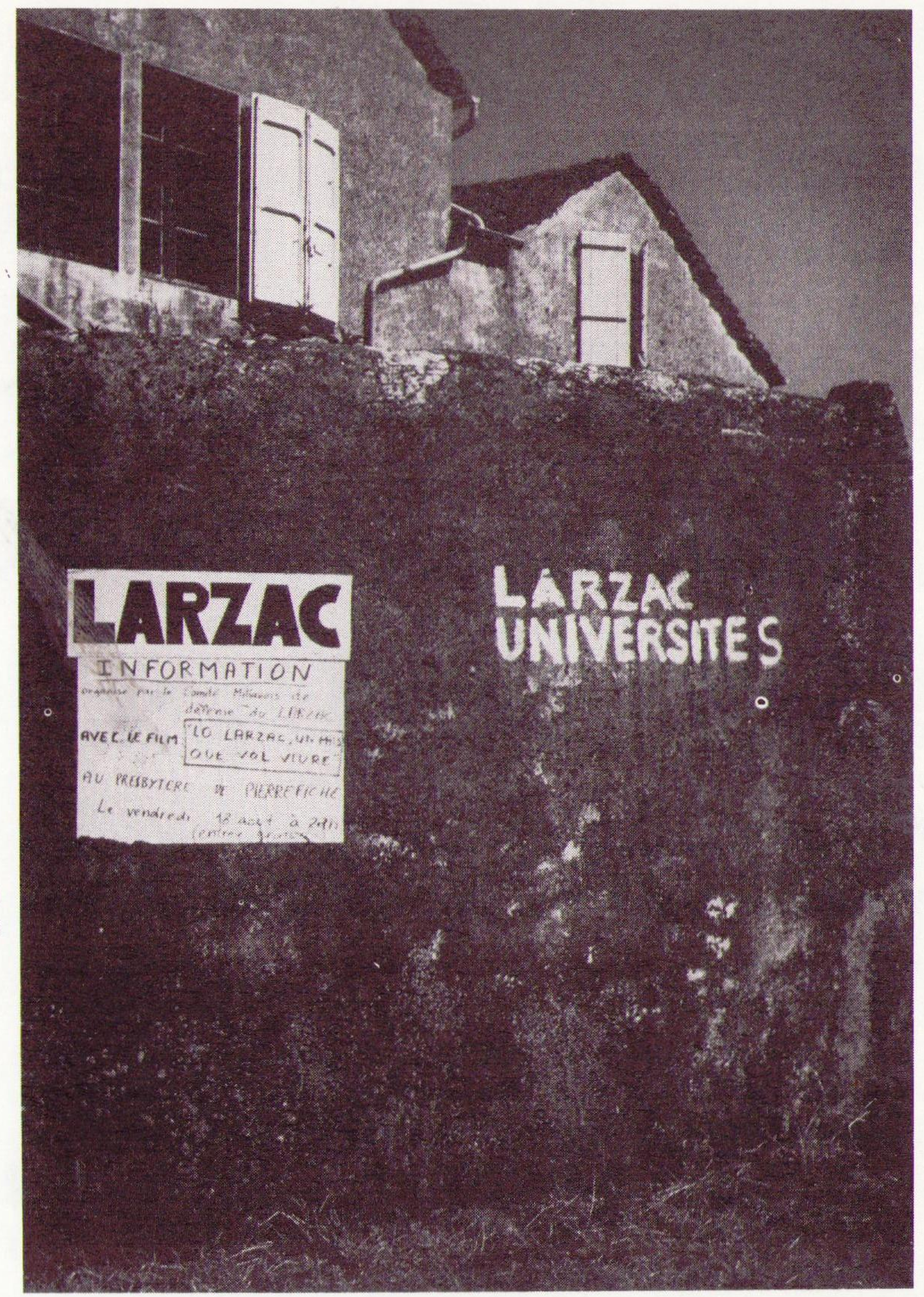
Kontakt: Christiane Klose, Eckenheimer Landstr. 73, 6 Frankfurt 1, Tel.: 55 84 38

Es wird für den Prozeß noch viel Geld gebraucht. Bitte spendet auf das Postscheckkonto: Christa Schnorrenberg, Postscheckamt West-Berlin, Kto.-Nr. : 63214-103

Larzac-Postkarten

Der Larzac-Freundeskreis Hamburg hat 8 Farbpostkarten von Larzac herausgebracht. Die acht Bilder handeln von den letzten beiden Jahren in Larzac. Sie kosten DM 5,-, bitte vorher auf das PSchKto. Hamburg, Peter Dammann, Kto.Nr. 3119 99-206 überweisen. Für den Buchhandel gibts 40 % bei vorauskasse.

Kontakt: Larzac-Freundeskreis in Hamburg, c/o Heidi Burmeister, Geschwister-Scholl-Str. 11, 2 Hamburg 20



Paris – Indianische Versuchstiere

Deutsche Ärzte sterilisieren mexikanische Indianer vom Stamm der Mazahna ohne ihre Zustimmung. Während eines Kongresses hat der Häuptling des Stammes Thomas Esquivel Gonzales ausgesagt, daß mehr als 700 Frauen als Versuchstiere benutzt worden sind. Ein anderer Häuptling aus Chipias hat von ähnlichen Fällen bei anderen Indianerstämmen berichtet.

(aus "Liberation" vom 27. Juli 1979)

Fulda: Aufruf an alle Stadtzeitungsmacher

Zwei Redaktionsmitglieder der "Fuldaer Stadtzeitung" haben sich die Aufgabe gestellt, eine mehr oder weniger 'wissenschaftliche' Arbeit (Examensarbeit) über Stadtzeitungen zu schreiben (Entstehungsbedingungen, Entwicklung, Funktion, Konzeptionen etc.). Wer hat schon mal zu diesem Thema etwas ähnliches verfaßt oder kann mit Material und Literatur weiterhelfen? Unkosten werden erstattet.

Kontakt: Annette Witt, Rhönstr. 12, 64 Fulda, Tel. o661/ 71457

Reutlingen – Noch mal umsonst + draußen

Wir planen am 1. und 2. September 1979 in Reutlingen ein umsonst & draußen Festival. Es ist für uns sehr wichtig, daß sich die Sache mit dem Festival überall herumspricht, denn am 1. und 2. September sind viele Leute im Urlaub und deshalb möchten wir möglichst viele Daheimgebliebenen erreichen.
Es wäre nett, wenn ihr folgende Punkte erwähnen könntet:

– Beginn Samstag, 16.30 h, Ende Sonntagnachmittag
– Ort: Reutlingen, sog. "Panzergelände", dh. auf der dortigen Wiese; Zufahrt ab Ortseingang ausgeschildert
– Programm: Rock, Jazz, Rock-Jazz und Folk, Einradfahrer, ein Lindwurm, viel Theater und als besonderer Gag ein schaufahren von Reutlinger Moto-Cross-Künstlern
– Verpflegung: Bier und sonstige Getränke, Würste und Kuchen.

Kontakt: Heiner Krämer, Charlottenstr. 54, 741 Reutlingen 1, Tel. 07121 / 40312

Trier – Katalog zur Gegenbuchmesse

Liebe Leute,
durch die erste Schlamperei der Post haben sehr viele von euch die Einladung zum Gegenbuchmessen-Katalog zu spät oder jedenfalls arg spät bekommen.
Dann müßtet Ihr gerade ein Info bekommen haben, das dank einiger etwas sehr unglücklicher Zwischenfälle innerhalb der AGAV für die Katz war, weil der Termin schon out ist.

Um's kurz zu machen:
Wir setzen für die Teilnahme am GB-Katalog/VLaB Verzeichnis lieferbarer alternativer Bücher eine (allerdings endgültige) Nachfrist:

bis zum 15.8.(August)

Das dürfte Zeit genug sein auch für die langsamsten. An diesem Tag müssen auch die letzten Vorlagen in Trier sein.
Bitte meldet Euch aber SOFORT an, damit wir planen können (wieviel etwa, Sonderwünsche etc.); die Vorlagen haben dann bis 15.8. Zeit.
Vergeßt nicht, für jede angefangenen 4 Seiten 33,6o DM als Scheck mitzusenden (oder zu überweisen auf Postscheck Lshfn 1165 81-677, edition treves e.v.)
Schicht uns bitte auch noch euren redaktionellen Beitrag (kostenlos) zum Thema: „Wie alternativ ist die A-Szene – was ist alternativ? " Wir halten's für wichtig, diese Diskussion voranzutreiben.

Weitere Fragen, Unmutsäußerungen und Jubelschreie: Bitte an: Editon Treves, Postfach 1401, D-55 Trier 1 Telefon 0651-786 87 , 00331-370 4155

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 293 | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Manfred Wallenborn

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlangerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Fur ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 fur ein Vierteljahr, DM 36. fur ein halbes, DM 72 fur ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 602**